

Grenzen weist dieser Ansatz aber auch wegen der Beschränkung der Untersuchung auf Regionen mit regionalistischen Konflikten auf. *Lange* beklagt zwar den „institutionellen Konservatismus“ der Wirtschaftsakteure. Worin hat dieses spezifische Verhaltensmuster aber seinen Grund, wenn nicht im überschießenden Regionalismus politischer Akteure? Gerade wenn es um die Erfassung von Interessen der organisierten Wirtschaft an regionalen Institutionen geht, sollten daher auch „Normalregionen“ mit „befriedetem Regionalismus“ in die Untersuchung einbezogen werden.

Etwas Skepsis ist schließlich angebracht, was die Erreichbarkeit des formulierten Ziels betrifft: zu untersuchen, wie sich Positionen der Unternehmensverbände im Kontext der Globalisierung und der europäischen Integration *verändern*. Ich sehe einmal davon ab, daß der behauptete Einfluß der Globalisierung nicht Untersuchungsgegenstand war (und sein konnte). Aber auch die Bedeutung veränderter Opportunitätsstrukturen im Kontext der europäischen Integration für die Interessenwahrnehmung ist schwerlich durch eine einmalige Befragung herauszufinden. Dafür sind Langzeitstudien notwendig, die die Möglichkeiten einer Dissertation bei weitem überschreiten. Insofern verweisen letztere Bemerkungen zwar auf Defizite der Forschung, sie sind aber eher als Anregungen für weiterführende Arbeiten denn als grundsätzliche Kritik zu verstehen. Die Relevanz der von *Lange* vorgelegten Untersuchung für die – noch viele Lücken aufweisende – sozialwissenschaftliche Regionenforschung soll damit keinesfalls in Zweifel gezogen werden.

Wolfgang Luutz

**Werner Bühner/Edgar Grande (Hrsg.), Unternehmensverbände und Staat in Deutschland, Nomos Verlag, Baden-Baden 2000, 190 S.**

Wenn der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aus Anlaß seines fünfzigjährigen Bestehens zusammen mit der TU München eine Konferenz veranstaltet, um seine Tätigkeit in der Öffentlichkeit wissenschaftlich reflektieren zu lassen, handelt es sich um ein Ereignis, bei dem die Grenze zwischen Verbandshandeln auf der einen und seiner sozialwissenschaftlichen Beschreibung auf der anderen Seite verschwimmt. Die Beiträge zu dieser Konferenz wurden im vorliegenden Band veröffentlicht. Die Herausgeber verfolgen dabei das Ziel, Einblick in die im Zusammenhang mit dem „Bündnis für Arbeit“ neu aufgeflammete Verbändediskussion zu geben und die neuesten Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet mit der gängigen Verbändekritik zu konfrontieren. Dabei sollen interdisziplinär geschichtswissenschaftliche, soziologische und politikwissenschaftliche Untersuchungsperspektiven verbunden werden.

Das Buch gliedert sich in vier Teile, die sich jeweils unterschiedlichen Aspekten des Verbandshandelns zuwenden. Jedem dieser Teile schließt sich eine kurze Diskussion der Beiträge an. Obwohl die Diskussion bereits gekürzt wiedergegeben ist, lassen einige Redebeiträge allerdings den Bezug zum Thema vermissen.

In einem ersten Abschnitt, der der wissenschaftlichen Einführung dienen soll, wird zunächst von *Edgar Grande* der Stand der Verbändeforschung zusammengefaßt sowie auf die Ambivalenz zwischen der Gefahr einer Korruption der pluralistischen Demokratie

durch organisierte Partikularinteressen und der Bedeutung des Verbändehandelns als Funktionsvoraussetzung und Entlastung staatlichen Handelns in komplexen Gesellschaften verwiesen. Anhand des Forschungsstandes legt er dar, daß die Vereinbarung von Mitgliederinteressen und Gemeinwohlverpflichtung in den Verbänden höchst voraussetzungsvoll ist.

*Colin Crouch* gibt einen Überblick über die Typisierung von Staat-Verbände-Beziehungen. In Ablehnung von Pfadabhängigkeitskonzepten verweist er anhand internationaler Beispiele auf die hohe Innovationsfähigkeit einzelner Verbändesysteme und auf die voranschreitende Dezentralisierung der Interessenvertretung.

Der zweite Abschnitt geht der Frage nach, ob sich die Beziehungen zwischen Verbänden und Staat in Deutschland eher als korporatistisch oder pluralistisch beschreiben lassen. *Bührer* zeigt dabei, daß sich der BDI trotz zeitweiliger Annäherung an den Korporatismus eher der pluralistischen Interessenvertretung bediente.

*Wolfgang Streeck* verweist darauf, daß es vom jeweiligen Kontext abhängt, ob sich das „reflektierende Modell“ des Korporatismus oder des Pluralismus „bewahrheitet“ (S. 54). Seine Appelle an Verbände, Gewerkschaften und Politik, sich der Vorteile – geradezu der Notwendigkeit – des Korporatismus in einem politischen System mit vielen „Vetopunkten“ bewußt zu werden und doch bitte beim „Bündnis für Arbeit“ etwas mehr guten Willen zu zeigen, sind jedoch genauso engagiert wie sie wirkungslos verhalten (müssen).

Der folgende Abschnitt befaßt sich mit der Rolle der Verbände in Transformationsprozessen. *Werner Plumpe*

stellt dar, welche hohe Bedeutung den Wirtschaftsverbänden aufgrund ihrer – bei den Besatzungsmächten nicht vorhandenen – Sachkenntnis bei der Steuerung der Nachkriegswirtschaft und dem Übergang zur Marktwirtschaft zukam. Dabei zeichnet er den organisatorischen Wandel der Verbände von der Weimarer Republik bis ins Nachkriegs-Deutschland nach.

*Gerhard Lehmruch* befaßt sich mit der Rolle der Verbände beim Institutionentransfer im Vereinigungsprozeß. Da der Einigungsvertrag auf Ministerialebene (mit westdeutschem Übergewicht) unter Zeitdruck ausgehandelt wurde, haben sich die Ministerien mit ihrer organisierten Klientel abgestimmt und z.T. auch Aufgaben an die Verbände delegiert. Dabei wird die Einbeziehung der Verbände als typisch deutsche Krisenstrategie seit dem Ersten Weltkrieg charakterisiert. Lehmruch vertritt und belegt die These, daß die Verbände bei der Bewältigung der deutschen Wiedervereinigung im Sinne einer *bounded rationality* auf Strategien zurückgreifen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, um bei der gegebenen Komplexität der Situation entscheidungsfähig zu bleiben. Es ist methodisch begründet, daß seine Darstellung sich nicht nur auf die Unternehmerverbände bezieht, sondern von den Kirchen bis zu den Philatelisten und Sportanglern reicht. Allerdings bleibt der Strategiebegriff bei Lehmruch vage, er faßt hierunter sowohl innerverbandliche Organisationsprinzipien als auch institutionelle Arrangements wie die Tarifautonomie.

Der vierte Abschnitt wendet sich dann den Herausforderungen zu, denen sich die organisierten Interessen durch den Prozeß der Europäisierung und Globalisierung gegenübersehen und

setzt sich mit den Reaktionen der Verbände auseinander. Während *Wolfram Kaiser* belegt, daß der BDI bis Mitte der 1970er Jahre eher eurozentristisch als global und eher pragmatisch als ordnungspolitisch orientiert war, wendet sich *Beate Kohler-Koch* dem derzeitigen Verbandshandeln auf globaler und europäischer Ebene zu. Dabei konstatiert sie einen Mangel an wirklich globalen Unternehmerverbänden analog zu Greenpeace oder Amnesty International. Selbst weltweit agierende Unternehmen werden nur durch die nationalen Verbände an ihren Standorten repräsentiert, oder betreiben individuelles Lobbying. Auch die Verbandslandschaft auf europäischer Ebene ist im wesentlichen durch die Zusammenschlüsse nationaler Verbände geprägt. Noch immer muß eine wirksame organisierte Interessenvertretung zweigleisig auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene betrieben werden. Nach einer Darstellung der komplexen Interdependenzen in der europäischen Politik schließt *Kohler-Koch* mit einer Gegenüberstellung von pluralistischer und korporatistischer Interessenvertretung in der EU.

Die vierteilige Gliederung wird ergänzt durch ein Grußwort des BDI-Präsidenten *Hans-Olaf Henkel*, einen „Dinner-Speech“ von *Ludolf von Wartenberg*, Hauptgeschäftsführer des BDI, sowie eine abschließende Podiumsdiskussion. Während der Beitrag von *Wartenberg* eine Selbstreflexion seitens des BDI unter den Bedingungen industriellen Wandels, des europäischen Einigungsprozesses und der Globalisierung darstellt und somit angesichts der oben angesprochenen Zweischneidigkeit der Veranstaltung im inhaltlichen Rahmen bleibt, trägt *Henkel* nur wenig zum Thema bei. Hier

werden lediglich seine – durchaus nicht neuen – Forderungen an Politik und Gewerkschaften wiederholt.

Auch die Podiumsdiskussion spiegelt nur die Wunschvorstellungen der Teilnehmer wieder und hat mit dem erklärten Ziel des Buches wenig gemein.

Von der Kritik abgesehen bleibt festzuhalten, daß das Buch seinem Anspruch durchaus gerecht wird. Die ambivalente Rolle der Unternehmerverbände wird insbesondere durch die lange historische Perspektive von der Weimarer Republik über die Zeit des Nationalsozialismus bis zum deutschen und europäischen Einigungsprozeß deutlich. Die Beiträge bieten einen guten Überblick über den aktuellen theoretischen und empirischen Stand der (Unternehmer-) Verbändeforschung und das Buch ist sicher auch als Einführung in diesen Bereich geeignet. Da die Globalisierungsdebatte und Szenarien der Überforderung des Wohlfahrtsstaates gute Bedingungen für die Durchsetzung von Unternehmerinteressen schaffen, gewinnt die Thematik des Buches zusätzliche Aktualität. Angesichts des hohen Preises bleibt jedoch die Frage bestehen, ob es nicht besser gewesen wäre, das Buch sowohl vom Umfang als auch preislich zu reduzieren.

Christian Marschallek